

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.50 M. (einschl. Postgebühren). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Dietz.



Stadttrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis höchstens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeile 75 Pf., für auswärtige Auftraggeber 90 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Einzelanfertigung die Zeile 2 Mark. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapp, Bad Schandau.

Vertrauens Nr. 22 Gemeindevorstand: Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 :—: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 165

Bad Schandau, Montag, den 18. Juli 1921

65. Jahrgang

## Für eilige Leser.

- \* Die Entscheidung über Oberschlesien soll nach neueren Meldungen bis zum September verschoben werden.
- \* Im U-Boot-Prozess wurden die Angeklagten Dittmar und Wolke vom Reichsgericht zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt.
- \* Die tschechisch-slowakische Nationalversammlung hat den Staatsbürgerschaftsvertrag mit Deutschland angenommen.
- \* Die englische Regierung hält es nicht für notwendig, einen neuen Schritt in Sachen der Leipziger Reichsgerichtsprozesse zu unternehmen.

## Uebnahme

### der Kriegsbeschuldigtenprozesse durch die französische Justiz?

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 18. Juli. Das „Vernier Tageblatt“ meldet aus Paris: Dem Echo de Paris zufolge richtete Briand eine Note an Deutschland, die die Anerkennung der Leipziger Urteile durch Frankreich verweigert und die Uebnahme der Kriegsbeschuldigtenprozesse, soweit sie von Frankreich verlangt werden, durch die französische Justiz offiziell ankündigt.

## Wann fällt die Entscheidung?

Die Einberufung des Obersten Rates. In den letzten Tagen war die Frage der Entscheidung über Oberschlesien aufeinanderfolgend so weit geklärt, daß eine Sachverständigenkommission mit großer Beschleunigung nach Oberschlesien abreisen sollte, um den Bericht zu liefern, über den sich die Interalliierte Kommission unter Le Rond nicht einig werden konnte. Dann sollte der Oberste Rat auf Grund dieser Berichte seine Entscheidung treffen. Eben erst meldete noch der „Temps“, die für Oberschlesien bestimmten Sachverständigen sollten sofort abreisen, damit ihr Vorschlag noch vor der Sitzung des Obersten Rates übermittelbar werden kann. Die englische Regierung lege großen Wert darauf, daß diese Sitzung noch vor Ende Juli stattfindet und wolle unter keinen Umständen die Entscheidung über Oberschlesien länger hinauszögern lassen. Trotz dieser Meldungen scheint doch wieder eine Verschiebung dieser entscheidenden Sitzung des Obersten Rates eintreten zu sollen. Die englische Regierung hat in Paris angefragt, ob es nicht zweckmäßiger wäre, den Obersten Rat für Ende des Monats einzuberufen, um über die ober-schlesische Frage zu verhandeln. Die Antwort der französischen Regierung darauf ist noch nicht erteilt worden, aber Pariser Blätter wissen bereits zu berichten, daß man in Verantwortung dieser Anfrage erklären werde, daß diese Debatte vertagt werden müsse. Da die Ferien den Monat August hindurch dauern, werde man

erst im Herbst

über die ober-schlesische Angelegenheit und über die Frage der Aufrechterhaltung der Sanktionen in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht beraten können. Dann werde eine Sachverständigenkommission nach Oberschlesien reisen, wenn England inzwischen seinen Standpunkt nicht geändert haben sollte. Man werde sich bemühen, einen gemeinsamen Vorschlag über die künftige deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien zu machen. In der Zwischenzeit werde sich auch General Le Rond, der noch an den Folgen einer im Kriege erlittenen Verwundung leide, nach Frankreich begeben.

Nach anderen Meldungen wieder will Briand betonen, daß man der neuen Sachverständigenkommission die nötige Zeit lassen muß, sich über die wirtschaftliche Lage, die aus der Teilung entstehen würde, und deren Entwurf sie dem Obersten Rat unterbreiten wird, zu unterrichten. Daher scheine es, daß die alliierten Regierungen über die ober-schlesische Frage in zweckdienlicher Weise nicht vor dem Monat September beraten können.

Man hat es hier wieder mit einem offensichtlichen Versuch der Franzosen zu tun, die Entscheidung zu verschleppen und damit die Polen zu begünstigen. Denn je mehr Zeit bis zur endgültigen Lösung der ober-schlesischen Frage verstreicht, um so mehr haben die Polen Gelegenheit, durch gewaltsame Unterdrückung alles deutschen in den von ihnen trotz des angeblichen Schutzes der Alliierten beherrschten Landesteilen „vollendete Tatsachen“ zu schaffen, von denen sie nur zu gut hoffen können, daß ihre französischen Freunde im Obersten Rat sie bei der Entscheidung berücksichtigen werden. Von deutscher Seite muß unter allen Umständen gefordert werden, daß die Entscheidung bald getroffen wird, denn nicht eher werden Ruhe und Ordnung in der schwer abgerückten Provinz wieder eintreten.

## Polnische Räuber — deutsche Flüchtlinge.

Das Vandalenunwesen in Oberschlesien. Die Lage in Oberschlesien kann nach den an Berliner amtlichen Stellen vorliegenden Meldungen immer noch nicht als beruhigt bezeichnet werden. Nachts treten noch immer zahlreichere Vandalen auf. Das Abströmen der deutschen Bevölkerung hält an, so haben auch in Bismarckhütte zahlreiche deutsche Beamte ihre Stellung zum 1. August gekündigt. In Loslau wurden von den Polen Möbelwagen mit dem Hab und Gut deutscher Familien zurückgehalten und geplündert.

Le Rond auf Reisen.

General Le Rond, der sich für gewöhnlich in Oppeln in fürstlicher Einsamkeit vor den Wänden des von ihm „besetzten“ Schlosses verbirgt und nur selten jemandem einen Besuch gestattet, hat jetzt eine, wie es scheint, gut „vorbereitete“ Reise von Oppeln über Hindenburg, Königsbrunn nach Rattowitz unternommen. Auf dem von den Franzosen festlich geschmückten Bahnhof Hindenburg stand neben der französischen Ehrenkompanie mit Musik fast die gesamte polnische Bevölkerung, die in Folge rechtzeitiger Benachrichtigung durch den französischen Kreisinspektor zugegen war; sie brachte Hochrufe auf Frankreich und Polen aus. Natürlich waren auch die ehemaligen Führer der Insurgenten anwesend. Mit großem Stimmenaufwand wurden polnische Lieder gesungen. Der Bürgermeister und der Landrat waren erst kurz vor dem Eintreffen des Zuges von dem französischen Kreisinspektor benachrichtigt und auf den Bahnhof besohlen worden.

Durch das Massenaufreten der Polen sollte natürlich wieder der Eindruck erweckt werden, daß Hindenburg, das überwiegend deutsch gesittete, eine polnische Stadt sei. Überhaupt erweist sich diese ganze Reise nur als eine glänzende inszenierte Komödie. Alles war bestellte Arbeit. Die Reise hat nur einen Tag gedauert. Auf die gefährdeten Gebiete Pleß, Rybnik und Gleiwitz hat sich diese Inspektionsreise gar nicht erst erstreckt. Die Lage ist dort nach den künften Nachrichten geradezu trostlos.

Der Draht meldet uns noch:

## Terrorisierung der deutschen Arbeiterschaft in Oberschlesien.

Oppeln, 18. Juni. Eine große Anzahl in Gleiwitz verammelter Vertreter der größeren ober-schlesischen Industrieunternehmen richtete an die Interalliierte Abstimmungskommission das dringende Gesuchen, für eine ausreichende militärische Besetzung der Betriebe besorgt zu sein, die deutschen Arbeiter jedoch arbeiten zu lassen. Trotz der angeblich durchgeführten Nennung durch die polnischen Insurgenten herrscht gegen die deutsche Bevölkerung und Arbeiterschaft ein derartiger Terror, daß an eine geregelte Tätigkeit schlechterdings nicht zu denken ist und die Betriebe zur Stilllegung verurteilt werden. Nach wie vor beherrschen die Insurgenten das Land.

## Ein Mann — ein Wort.

Gerhart Hauptmann an Lloyd George.

Je mehr sich die Meldungen häufen, daß die Entscheidung über Oberschlesien bald fallen soll, um so stärker macht sich in allen Kreisen des deutschen Volkes die Sorge um das Schicksal der bedrohten Provinz geltend und äußert sich in immer neuen eindringlichen Kundgebungen. So fand auch in Berlin wieder eine außerordentlich stark besuchte Versammlung statt, in deren Mittelpunkt

eine Ansprache Gerhart Hauptmanns

stand. Der berühmte Dichter, der aus seiner schlesischen Heimat eigens zu dieser Veranstaltung nach Berlin gekommen war, wurde mit stürmischem Beifall begrüßt. Er lagte in seiner Rede u. a.:

„Wir sind ein besiegtes Volk. Es ist die allerbitterste Wahrheit, die allerbitterste Enttäuschung der Menschheit, daß es im Jahre 1921 überhaupt noch Sieger und besiegte Völker geben kann, und insbesondere unter den europäischen Völkern, ein so wie wir vom Sieger entmündigtes Volk. Ich sage das nicht als Deutscher, sondern als Europäer. Als Europäer, dessen Idee Europa ist. Wir warnen den Obersten Rat vor einer Politik der in Permanenz erklärten Gewalt. Gewalt, im Friedenszustand geübt, ist etwas, wodurch sich die Menschheit bis ins Letzte hinein demoralisiert.“

Es würde Gewalt sein, im Frieden geübt, darüber soll sich niemand täuschen, wenn man unsere Reichsbesitz Oberschlesien von dem Reich losreißen, uns wegnehmen und einem anderen Verbanne angliedern wollte.

Wir warnen also den Obersten Rat vor Ausübung der Gewalt im Zustand des Friedens. Es geht nicht an, daß einer den Pflug führt, in der heiligen Wehrlosigkeit arbeitet, während ein funktionierender Gewaltmensch, mit dem Schwert in der Hand, ihm den Stier vom Pfluge nimmt.

Es war ein unbedingt großer Augenblick, als der mächtige, europäische Staatsmann Lloyd George sein Wort vom „fair play“ in das Chaos warf. Ich sage: ein Mann, ein Wort und baue darauf und glaube daran!

Und wir nach dem Licht des Friedens Hungernden haben von jenseits des Ozeans die Stimme des Präsidenden Harding gehört, die rief: „Waffen nieder!“ Das will bedeuten, daß diese Stimme: „Friede, Friede“ rief. Fort mit den Taten der Gewalt!“ Und also möge es endlich Licht werden.“

Nach Gerhart Hauptmann sprachen noch verschiedene andere Redner aus allen Parteien, so z. B. der frühere Rektor der Universität Berlin Geheimrat Dr. Kahl, der ober-schlesische Zentrumabgeordnete Herschel, der Staatsrechtlicher Professor Schilling, der frühere Minister des Äußeren Dr. Köster und endlich der Historiker Professor Hoersch. Besonders bemerkenswert war es, daß die Redner der rechtsstehenden Parteien auf schärfste die Behauptung Briands zurückwiesen, daß die von Frankreich widerrechtlich bis zum heutigen Tage aufrechterhaltenen Sanktionen als eine Stärkung des Kabinetts Wirth in Deutschland wirken könnten. Zuletzt wurde eine

Entscheidung

einmütig angenommen, in der gegen die Behauptung, daß die Tatsachen in Oberschlesien zugunsten Polens sprächen, entschiedene Verwahrung eingelegt wurde, und in der darauf hingewiesen wurde, was die deutschen Oberschlesier bei einem Übergange an Polen zu erwarten haben, umso mehr als Polen in den bereits abgetretenen Gebieten vor aller Welt gezeigt hat, daß es nicht in der Lage ist, den vertraglich übernommenen wirksamen Schutz der Deutschen zu gewährleisten.

Gerhart Hauptmann beim Reichskanzler.

Reichskanzler Dr. Wirth, der ebenso wie der Reichspräsident am persönlichen Erscheinen bei der Kundgebung verhindert war, hat den Rednern eine Einladung zu einem in der Reichskanzlei stattfindenden Empfang übermittelt lassen, um ihnen auch seinerseits zu danken.

Weitere Protestkundgebungen.

Eine von den Verbänden heimattreuer Oberschlesier in Kassel veranstaltete Massenversammlung hat an den Minister des Auswärtigen eine Entschuldigungsgeandt, in der feierlichster Protest erhoben wird gegen jede Antastung der Selbstbestimmung des ober-schlesischen Volkes.

Eine ähnliche Entschuldigungsgeandt haben an den Reichspräsidenten die deutschnationalen Frauen des Freistaates Danzig gerichtet.

## Amerikanische Kredite für Deutschland

75 bis 100 Millionen Dollar.

Finanzielle Kreise New Yorks beschäftigen sich gegenwärtig sehr angelegentlich mit den Kreditplänen für Deutschland. Es wird, wie bestimmt behauptet wird, gegenwärtig von Deutschland mit den Vereinigten Staaten über einen Kredit von 75 bis 100 Millionen Dollar unterhandelt, der zur Reparationszahlung und zum Ankauf von Baumwolle, Getreide und Kupfer verwendet werden soll. Der Kredit hat die Form einer zusammengelegten Anleihe von 50 Millionen und einigen kleineren Anleihen für den Rest. Die nächste Wiedergutmachungsrate soll angeblich wieder in Dollar gezahlt werden, obwohl die Wiedergutmachungskommission einen Beschluß gegen die ausschließliche Dollarzahlung gefaßt hat. Abgesehen dürfte der größte Teil dieser Anleihe die Vereinigten Staaten nicht verlassen, da die Absicht bestehen soll, Dollar zur Zahlung der Schulden der Verbündeten zu verwenden. Der Kredit wird durch Silber und Mark-Depots garantiert werden. Die formale Bekanntgabe wird sehr bald erwartet. Die an der Anleihe von 50 Millionen interessierten Bankiers erklären, daß über die Einzelheiten durch einen bekannten Bankier, der vor etwa drei Wochen nach Europa reiste, verhandelt werde.

## Deutsche Maschinen für Italien.

Zur Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen.

Aus Rom kommen Meldungen, nach denen es scheint, als ob die Regelung der Entschuldigungsleistungen Deutschlands an Italien auf eine sehr vernünftige Basis gestellt werden sollte. Danach besteht in italienischen Kreisen die Absicht, mit Deutschland in Verhandlungen darüber zu treten, wie der an Italien fallende Anteil der Entschuldigungssumme hauptsächlich in Sachleistungen abgetragen werden könnte. Von deutscher Seite ist der Vorschlag gemacht worden, die Pläne der italienischen Regierung zur Elektrifizierung der Staatsbahnen, zum Ausbau der Häfen, zur Trockenlegung der Sümpfe und zur rationellen Verwertung der in Italien vorkommenden Braunkohle durch Zulieferung entsprechender deutscher Maschinenleistungen zu verwirklichen. Der italienische Delegierte in der Reparationskommission ist angeblich auf dem Wege, dem italienischen Ministerpräsidenten Bonomi darüber einen Vortrag zu halten. Wenn diese Meldungen sich bestätigen, dann wäre derartige Verhandlungen voller Erfolg zu wünschen, denn dadurch würde sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung sowohl für Deutschland wie für Italien eine weit bessere Lösung als durch Goldabflüsse gefunden.